

**Solidaritätsbotschaft des Grünen Bündnis zur Protestaktion der städtischen Angestellten "Nein zum Rentenklau beim städtischen Personal!", Donnerstag 10. Juni 2010, ab 16 Uhr vor dem Rathaus**

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Das Grüne Bündnis erklärt sich solidarisch mit den städtischen Angestellten, welche sich heute vor dem Rathaus gegen den unverantwortlichen und einseitigen Entscheid des Stadtrats, das Rentenalter zu erhöhen, zur Wehr setzen. Wir unterstützen die Angestellten der Stadt und die Gewerkschaft VPOD in ihrem Kampf gegen diesen Entscheid und die Art, wie er zustande gekommen ist. Der Entscheid des Stadtrats ohne jegliche Vorberatung, ohne Einbezug der Sozialpartner ist ein Affront gegenüber den Angestellten. Das im selben Reglement verankerte Mitwirkungsrecht des Personals ist krass verletzt worden. Es ist unerhört, dass sich ein Parlament in dieser Weise um den Arbeitsfrieden schert. Die Art und Weise, wie dieser Entscheid zu Stande gekommen ist, muss angefochten werden.

Das Grüne Bündnis weiss um die harte Arbeit, die die Angestellten auf ganz verschiedenen Ebenen für die Stadt Bern leisten. Bei der Stadt leisten viele auch anstrengende körperliche Arbeit, in der Strassenreinigung, bei der Kehrichtsentsorgung, in der Pflege im städtischen Alters- und Pflegeheim. Es ist erwiesen, dass Leute mit harter körperlicher Arbeit eine niedrigere Lebenserwartung haben. Deshalb werden z.B. auch die Leute auf dem Bau mit 60 pensioniert. Dies wurde in harten Verhandlungen mit den Arbeitgebern erreicht. Wer Verschlechterungen beim Personal wie die GFL mit dem Argument der Gerechtigkeit begründen will, liegt völlig daneben, und argumentiert aus einer eigenen privilegierten Warte heraus.

Nicht nur werden die Mitwirkungsrechte des Personals verletzt, der Stadtrat handelt auch in Unkenntnis der Sachlage. Das Pensionsalter 63 wurde in den 1990er Jahren als Sparmassnahme eingeführt, die Angestellten finanzieren die Überbrückungsleistung. Eine Erhöhung des Rentenalters wird die Stadtkasse belasten, denn ältere Mitarbeitende haben höhere Löhne. Die finanziellen und rechtlichen Konsequenzen einer so weitreichenden Änderung müssen sorgfältig geprüft werden. Die Angestellten dürfen nicht geprellt werden. Das Grüne Bündnis erwartet von den Mitte-Parteien, dass sie auf ihren Entscheid zurückkommen und Hand bieten für konstruktive Lösungen. Eine zukunftsgerichtete Politik muss zumindest eine sozialverträgliche Flexibilisierung des Rentenalters ins Auge fassen. Ein solcher Weg muss jedoch genau geprüft und gemeinsam mit den Sozialpartnern beschritten werden.

Das Grüne Bündnis unterstützt das städtische Personal und ihre Personalvertretungen in ihrem Kampf gegen den Rentenklau.

**Weitere Auskünfte:**

Christine Michel, GB-Stadträtin, Sprecherin der vorberatenden Kommission, Natel: 079 275 14 20

Hasim Sancar, Fraktionskopräsident GB/JA!, Natel: 079 753 49 64